

Niederschrift

über die 13. öffentliche und nicht öffentliche Sitzung des Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschusses am Montag, 09.02.2009 um 17:00 Uhr, im Rathaus, Raum 105

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Jürgen Scholz SPD

Ratsmitglieder

Herr Dr. Ralf Bommermann dUH

Herr Walter Corbat CDU

Herr Heinz-Georg Wingartz CDU

Herr Manfred Böhm SPD

ab 17.00 Uhr

Sachkundige Bürger/innen

Frau Gabriele Losse SPD

Herr Udo Weinrich BA

ab 17.00 Uhr für
Frau Dr. Krasemann-Sharma

Beratende Mitglieder

Herr Hans-Peter Beyer FDP

Herr Horst Kochmann FDP

Frau Ellen Reitz Grüne

ab 17.00 Uhr

ab 17.00 Uhr

ab 17.00 Uhr

Ratsmitglied

Herr Peter Hancke CDU

Frau Birgit Alkenings SPD

für Herrn Helikum

für Herrn Born

Beiräte

Herr Rolf Pohlmann Seniorenbeirat

ab 17.00 Uhr

Von der Verwaltung

Herr Beig. Norbert Danscheidt

Herr Hans-Joachim Kurowsky

Herr Heribert Schüler

Herr Ralf Scheib

Herr Heiner Klausgrete

Frau Edith Peter

Tagesordnung:

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- | | | |
|-------|---|--------------------|
| 1 | Befangenheitserklärungen | |
| 2 | Beschlüsse zum Haushalt 2009 | WP 04-09 SV 23/055 |
| 3 | Angelegenheiten der Gebäudewirtschaft | |
| 3.1 | Bezug von Ökostrom
- Antrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen - | WP 04-09 SV 26/101 |
| 3.2 | "Energiebericht für städtische Liegenschaften"
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | WP 04-09 SV 26/102 |
| 3.3 | Änderungen des Schul- und Sportgebäudeunterhaltungsprogram-
mes im Haushaltsjahr 2009 | WP 04-09 SV 26/103 |
| 3.4 | Energetische Optimierung der städtischen Liegenschaften Hol-
terhöfchen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen - | WP 04-09 SV 26/104 |
| 3.5 | Fabricius-Sporthalle
- Entscheidung über die weitere Vorgehensweise - | WP 04-09 SV 26/105 |
| 4 | Liegenschaftsangelegenheiten | |
| 4.1 | Klimaschutz-Aspekte beim Verkauf städtischer Grundstücke;
Antrag der SPD-Fraktion im Wirtschaftsförderungsausschuss am
22.10.2008 | WP 04-09 SV 23/056 |
| 4.1.1 | Änderungsantrag BA zum Antrag der SPD "Klimaschutz-Aspekte
beim Verkauf städtische Grundstücke" | |
| 4.2 | Unterstützung der "Initiative MÖWE";
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Ratssitzung am
17.12.2008 | WP 04-09 SV 23/057 |
| 4.3 | Bürgerantrag gemäß § 24 GO NRW;
hier: Wohnprojektgruppe MÖWE zum städtischen Grundstück Ger-
resheimer Straße 20 | WP 04-09 SV 23/058 |
| 5 | Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen | |
| 6 | Entgegennahme von Anfragen und Anträgen | |
| 6.1 | Antrag FDP "Wirtschaftsförderung aus einem Guss" | |

Änderungen zur Tagesordnung

Keine

Einwohnerfragestunde

Keine Wortmeldungen.

1 Befangenheitserklärungen

Keine

2 Beschlüsse zum Haushalt 2009

WP 04-09 SV 23/055

Die Ergebnisse der Beratung sind den als Anlage 1 beigefügten Änderungslisten zu entnehmen.

Beschlussvorschlag:

Der Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss beschließt zum Haushalt 2009 (Entwurf) folgende Änderungen (siehe Anlagen):

3 Angelegenheiten der Gebäudewirtschaft

3.1 Bezug von Ökostrom - Antrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen -

WP 04-09 SV 26/101

Einstimmig sprachen sich die Ausschussmitglieder dafür aus, die Vorlage ohne Beschlüsse zur weiteren Vorberatung an den Haupt- und Finanzausschuss weiterzuleiten.

Die Verwaltung wurde gebeten, bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses weitere Aspekte hinsichtlich der Verwendung der gezahlten Beträge sowie eines möglichen Anteils vom

Strom aus atomaren Anlagen zu überprüfen.

s

Abstimmungsergebnis:

Eine Abstimmung über die SV fand nicht statt.

3.2 "Energiebericht für städtische Liegenschaften"
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

WP 04-09 SV 26/102

Frau Reitz sagte, um die Ermittlungen der Verbrauchsmengen durchführen zu können, befürworte sie ggf. die Schaffung einer zusätzlichen personellen Ausstattung.

Abstimmungsergebnis:

0 Ja

8 Nein

1 Enthaltung

Einstimmig abgelehnt

3.3 Änderungen des Schul- und Sportgebäudeunterhaltungsprogrammes im Haushaltsjahr 2009

WP 04-09 SV 26/103

Herr Scheib sagte, bei den vorgeschlagenen Maßnahmen sei es vertretbar, die Aufnahme erst in den Haushaltsplänen künftiger Jahre vorzusehen. Bei Zustimmung durch die politischen Gremien würde anschließend das gesamte Schul- und Sportgebäudeunterhaltungsprogramm überarbeitet und für die kommenden Jahre gestaltet werden.

Beschlussvorschlag:

„Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales und im Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschuss die Abweichungen zum Schul- und Sportgebäudeunterhaltungsprogramm für das Jahr 2009 zur Kenntnis und stimmt diesen Änderungen zu.“

Abstimmungsergebnis:

8 Ja

1 Nein

0 Enthaltung

Mehrheitlich beschlossen

Herr Danscheidt schlug vor, den Antrag zu splitten und in zwei Teile zu gliedern. Für eine Untersuchung der energetischen Optimierung der städtischen Liegenschaften, wie im Antrag vorgeschlagen, fehle die personelle Kapazität im Amt für Gebäudewirtschaft. Seiner Meinung nach könnte die Stadtwerke Hilden GmbH, als Betreiber des Hildorado, hierfür eine entsprechende Analyse vornehmen.

Frau Alkenings sagte, es müsse geprüft werden, ob eine Verknüpfung des Blockheizkraftwerkes der Stadtwerke bei einem Neubau von Turnhallen wirtschaftlich sinnvoll sei.

Frau Reitz erinnerte daran, dass es in den 90er Jahren Prüfungen hinsichtlich Ersparnis mit Blockheizkraftwerken gab. Diese Standards hätten sich mittlerweile grundlegend geändert, da heute mit Wärmepumpen etc. gearbeitet werde. Die Verwaltung solle sich eingehend mit dem Thema befassen.

Herr Scheib bestätigte, dass es Untersuchungen gegeben habe, die aber kein befriedigendes Resultat erzielten.

Herr Scholz sagte, die Stadtwerke GmbH sollte ermitteln, errechnen und ein entsprechendes Konzept vorlegen; letztendlich wolle diese ja Energie verkaufen.

Die Ausschussmitglieder sprachen sich einstimmig dafür aus, dass die Verwaltung mit der Stadtwerke Hilden GmbH Kontakt aufnimmt, um die Möglichkeiten einer Konzepterarbeitung für eine gemeinsame Wärme- und Warmwasserversorgung der Liegenschaften im Bereich Holterhöfchen zu überprüfen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, Kontakt mit der Stadtwerke Hilden GmbH Kontakt aufzunehmen, um die Möglichkeiten einer Konzepterarbeitung für eine gemeinsame Wärme- und Warmwasserversorgung der Liegenschaften im Bereich Holterhöfchen zu überprüfen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Von der SPD-Fraktion wurde der bereits im Stadtentwicklungsausschuss gestellte Antrag (Ergänzungsantrag zum Haushalt) zum Gelände der Albert-Schweitzer-Schule und Fabricius-Halle erneut

gestellt (siehe Anlage 2)

Einstimmig sprachen sich die Ausschussmitglieder dafür aus, die Vorlage zur weiteren Vorberatung an den Haupt- und Finanzausschuss weiterzuleiten.

4 Liegenschaftsangelegenheiten

4.1 Klimaschutz-Aspekte beim Verkauf städtischer Grundstücke; WP 04-09 SV 23/056
Antrag der SPD-Fraktion im Wirtschaftsförderungsausschuss am
22.10.2008

Frau Reitz bekräftigte den Appell der SPD, dass sich ansiedlungswillige Unternehmen zu einem klima- und umweltschonenden Bauen verpflichten sollten.

Herr Corbat und **Herr Beyer** sprachen sich dagegen aus; mittlerweile gebe es zu viele Anforderungen und Auflagen an bauwillige Gewerbetreibende.

Herr Weinrich stellte einen Änderungsantrag, der unter TOP 4.1.1 aufgeführt ist und erklärte, dass der Antrag nicht in dieser Sitzung, sondern in der nächsten Haupt- und Finanzausschusssitzung beraten werden solle:

Bevor es zur Abstimmung kam, schlug **der Vorsitzende, Herr Scholz**, vor, die Sitzungsvorlage in 2 Punkte zu unterteilen, und zwar

- a) Bereich „Gewerbebebauung“
- b) Bereich „Wohnbebauung“

Abstimmungsergebnis:

a) Wohnbaugrundstücke

Einstimmig Ja

CDU-Fraktion:	4
SPD-Fraktion:	4
BA-Fraktion:	1

b) Gewerbegrundstücke

Ja	5
----	---

SPD-Fraktion	4
BA-Fraktion	1

Nein	4
------	---

Mit Änderungsantrag der BA-Fraktion an Haupt- und Finanzausschuss 11.03.2009.

4.1.1 Änderungsantrag BA zum Antrag der SPD "Klimaschutz-Aspekte beim Verkauf städtische Grundstücke"

Änderungsantrag

in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschafts- und Wohnungsbauförderung am 09.02.2009 zum Antrag der SPD unter TOP 4.1:

„Klimaschutz-Aspekte beim Verkauf städtischer Grundstücke“

Der Rat möge nach Vorberatung im Ausschuss für Wirtschafts- und Wohnungsbauförderung beschließen:

„Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, bei der Veräußerung städtischer Grundstücke (Verkauf oder Erbpacht) vertraglich zu vereinbaren, dass im Falle einer Bebauung der Neubau in Passivbauweise entsteht. Sollte dieses aus baulichen oder sonstigen Gründen nicht möglich sein, sollte das zu errichtende Gebäude eine um 30 % bessere Energieeffizienz aufweisen, als dieses in der Verordnung über energiesparenden Wärmeschutz und energiesparende Anlagentechnik bei Gebäuden (EnEV) vorgegeben ist, d.h., es soll eine Unterschreitung der EnEV um 30 % erreicht werden.“

Begründung:

Der Klimawandel ist nicht mehr zu übersehen. Selbst in Frankfurt bemerken wir heute mitten im November einen wunderbaren Frühlingstag. Ein großer Anteil am CO₂-Ausstoß entsteht neben Verkehr und Industrie auch in privaten Haushalten durch die Heizung. Hier sollte die Stadt ansetzen und dafür sorgen, dass Gebäude, wenn möglich, nur noch in Passivbauweise gefertigt werden.

Passivhäuser reduzieren die Heizkosten um 90 %. Dass Ökologie und Ökonomie kein Gegensatz sind, sieht man auch beim Thema Passivhausbauweise. Das Baugeschäft boomt im Passivbau-sektor und bei den energetischen Sanierungen. Hier gibt es Chancen für Handwerker und mittelständische Unternehmen und für den ganzen Bausektor. Umweltschutz wird in Zukunft der Jobmotor sein.

4.2 Unterstützung der "Initiative MÖWE";
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Ratssitzung am
17.12.2008

WP 04-09 SV 23/057

Herr Weinrich sagte, Handlungsbedarf sei gegeben, zumal sich MÖWE sehr engagiere. Es könne nicht angehen, dass die Verwaltung zugebe - aufgrund mangelnder Personalkapazität – nicht in

der Lage zu sein, bei den angesprochenen Punkten Hilfestellung zu leisten und ggf. Kosten zu untersuchen bzw. zu prüfen.

Herr Danscheidt sagte, die Verwaltung könne kein „Rundum-Sorglos-Paket“ bieten. Lediglich bei den im Antrag genannten zwei letzten Punktaufzählungen könne die Verwaltung unterstützend zur Seite stehen.

Frau Alkenings sagte, die in dem Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gestellten Forderungen gingen weit über das übliche Verwaltungshandeln hinaus. Wo sie könne, werde die Stadt helfen, auch bei der Grundstückssuche.

Herr Bommermann äußerte, die in dem Antrag angesprochenen Leistungen könne - und solle bzw. dürfe – die Stadt aus seiner Sicht gar nicht erbringen.

Herr Weinrich fragte, ob aus den Bereichen WGH bzw. Stadtentwicklung keine Unterstützung geleistet werden könne.

Frau Reitz wies darauf hin, dass eine führende Vertreterin der Interessengemeinschaft MÖWE, Frau Gemeiner, im Raum zugegen sei, und sie bat um eine Sitzungsunterbrechung, um Frau Gemeiner die Möglichkeit zu geben, die Vorstellung der MÖWE zu erläutern.

Herr Scholz, der Vorsitzende, ließ über eine Sitzungsunterbrechung abstimmen. Mit 1 Ja- und 4 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen wurde die Sitzungsunterbrechung abgelehnt.

Frau Alkenings sagte, es dürfe kein Präzedenzfall geschaffen werden, hier gehe es nur um MÖWE und nicht um allgemeine Wohnbauprogramme oder das Mehrgenerationenwohnen. Es gehe nicht darum, das Projekt MÖWE nicht befürworten zu wollen. Sie machte deutlich, dass die städtische Wohnungsbaugesellschaft das Vorhaben nicht realisieren könne, da diese nur öffentlich geförderten Wohnungsbau errichten könne. So auch der Bauverein. Dem stimmte **Herr Bommermann** zu.

Herr Danscheidt sagte, öffentlich geförderter Wohnraum bedeute, dass ein Wohnberechtigungsschein vorliegen müsse. MÖWE plane eine Mischung von frei- und öffentlich finanzierten Wohneinheiten, teilweise auch als Eigentumswohnungen.

Der Vorsitzende, Herr Scholz, ließ über den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wie folgt abstimmen:s

1. Beratung bei der Planung und Durchführung des Projekts
2. Unterstützung bei der Suche nach einem möglichen Bauträger und einem geeigneten Grundstück

1 JA, 8 NEIN

3. Hilfestellung bei nötigen Antragstellungen
4. Aufzeigen vorhandener Fördermittel

5 JA, 4 NEIN

Herr Bommermann sagte, gegen diese Hilfestellung im Einzelfall, auch bei den Punkten 3. und 4., habe er rechtliche Bedenken.

4.3 Bürgerantrag gemäß § 24 GO NRW;
hier: Wohnprojektgruppe MÖWE zum städtischen Grundstück Gerresheimer Straße 20

WP 04-09 SV 23/058

Herr Weinrich wünschte, dass die Antragstellerin / der Antragsteller sich zu dem Bürgerantrag äußert.

Herr Scholz unterbrach die Sitzung und gab das Wort an **Frau Gemeiner**.

In diesem Zusammenhang wurde die Eignung des Grundstücks Gerresheimer Straße 20 (Hintergelände VHS) für ein Mehr-Generationenobjekt sowie die Vereinsgründung der MÖWE angesprochen.

Dann wurde die Sitzung fortgesetzt.

Frau Alkenings sagte, die SPD-Fraktion unterstütze den Antrag unter gewissen Rahmenbedingungen. Ein städtisches Grundstück könne grundsätzlich an MÖWE verkauft oder im Erbbau-recht überlassen werden.

Herr Weinrich bat die Verwaltung, für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses ein Konzept zu erarbeiten, wie künftig städtische Grundstücke generell überplant werden sollen, losgelöst von MÖWE.

Herr Bommermann sagte, der Ratsbeschluss bezüglich der Nicht-Bebauung des Hintergeländes Gerresheimer Straße 20 könne nicht umgangen werden. Über diesen Bürgerantrag müsse hier abgestimmt werden.

Über den Bürgerantrag „Wohnprojektgruppe“ MÖWE wurde abgestimmt mit

5 NEIN- und 4 Ja-Stimmen. Der Antrag wurde weitergeleitet an den Haupt- und Finanzausschuss.

5 Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen

Keine

6 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Siehe Tagesordnungspunkt 6.1

Antrag der FDP

Sitzung des Wirtschafts- und Wohnungsbauförderungsausschusses am 09.02.2009

Wirtschaftsförderung aus einem Guss

Der Bürgermeister wird gebeten, eine Zusammenführung des Wirtschaftsförderungs-amtes der Stadt Hilden mit der Stadtmarketing Hilden GmbH hinsichtlich möglicher Synergiepotenziale bei der Aufgabenwahrnehmung, beim Personal und beim Büroaufwand zu prüfen.

Begründung

Die Organisation der Wirtschaftsförderung in Hilden ist für Außenstehende nicht ohne Weiteres nachzuvollziehen. Das Nebeneinander von Wirtschaftsförderungsamt Hilden und GkA Grundstücksgesellschaft mbH Hilden auf der einen Seite und der Stadtmarketing Hilden GmbH auf der anderen Seite dürfte für am Standort interessierte Dritte befremdlich wirken, zumal die Stadtmarketing GmbH laut Internetauftritt der Stadt Hilden auch für die Förderung „florierender Gewerbegebiete“ zuständig sein soll und Kritiker ihr vorwerfen, sich nur um die Mittelstraße zu kümmern.

Vor allem für potenzielle Investoren wäre eine klare Struktur eine wichtige Hilfe und ein klarer Indikator für eine rasche handlungsfähige Stadtverwaltung. Eine Konzentration von Personal und Budgets sowie eine räumliche und organisatorische Zusammenführung dürfte neben wirtschaftlichen Vorteilen insbesondere der Zielgruppenansprache, Aufgabenerledigung und öffentlichen Wahrnehmung mehr Schubkraft verleihen.

Ende der Sitzung: 18:45 Uhr

Jürgen Scholz
Vorsitzender

Edith Peter
Schriftführer/in

Gesehen:

Horst Thiele
Bürgermeister